

Es gilt das gesprochene Wort

Kernenergie – von der Seitenlinie zurück in die Mitte

Ansprache von Nationalrätin Corina Eichenberger, Präsidentin des Nuklearforums Schweiz, an der Jahresversammlung am 18. Mai 2010 im Hotel Bellevue Palace in Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich, Sie zur diesjährigen Jahresversammlung des Nuklearforums Schweiz hier in Bern begrüßen zu können. Unser Thema – von der Seitenlinie zurück in die Mitte – hat für mich kürzlich eine besondere Note erhalten. Ich war in Südkorea, als der isländische Vulkan ausbrach. Ich blieb tagelang gestrandet in einem fernen Land, scheinbar an der Seitenlinie, verhindert an der Rückkehr in die Mitte der Welt. Zumindest aus Schweizer Sicht.

Beim Warten in Südkorea hinterfragte ich mich. Könnte es auch umgekehrt sein? Kehre ich aus der Mitte der Welt an die Peripherie zurück? Aus einem optimistischen Land, das die Kernenergie für seine Wirtschaft zielstrebig ausbaut, in unser kleines Land, das diese Trumpfkarte zögerlich bedeckt hält und Gefahr läuft, an der Seitenlinie stehen zu bleiben?

Die Frage beschäftigt mich. Denn die Debatte um die Kernenergie ist zentral. Sie wie ich wissen, dass Strom **die** Schlüsselenergie der Zukunft ist. Dass wissen auch die Bundesbehörden und die meisten Bundespolitikerinnen und -politiker.

So weit, so gut. Aber wie ein Bonmot sagt, ist in Wirklichkeit die Realität ganz anders.

Wenn ich mich nämlich in der Bevölkerung umhöre und das Thema anspreche, folgt umgehend die kalte Dusche. Zwar hat es sich herumgesprochen, dass wir in absehbarer Zeit ein Stromversorgungsproblem haben werden. Frage ich jedoch nach den möglichen Lösungswegen, so stosse ich auf Unsicherheit und oft auf eine verzerrte Wahrnehmung der Realität – ein Sachverhalt, den Umfragen bestätigen.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel illustrieren:

Eine Umfrage von Alpiq im Frühjahr 2009 deckte auf, dass der Beitrag der neuen erneuerbaren Energien an unsere Stromversorgung und ihr mittelfristiges Potenzial massiv überschätzt werden. Hier rächt sich, dass jede Inbetriebnahme einer Solaranlage oder einer Windturbine von den Erbauern in den Medien als Grossereignis mit ebenso grossem Bild

gefeiert wird. Dabei kommt deren geringe und nicht bedarfsgerechte Stromproduktion in der Regel nur am Ende des Berichts zur Sprache, wenn überhaupt.

Die Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Realität ist enorm. Viele Menschen reagieren überrascht, wenn sie erfahren, dass die Photovoltaik nur ein halbes Promille unseres Stroms liefert, und der Wind noch weniger.

Abstrakte Zahlen sind nicht jedermanns Sache. Für mich beeindruckend ist ein Gedankenexperiment des Paul Scherrer Instituts. Dort haben die Wissenschaftler die Konsequenzen ausgerechnet, wenn wir in der Schweiz alle Autos auf Elektroantrieb umstellen würden.



Das Resultat: Um den Energiebedarf dieser Elektroautos mit klimafreundlichem Strom zu decken, wären nötig, **zusätzlich** zum heutigen Kraftwerkspark:

- 1½ Kernkraftwerke von der Grösse Leibstadts, oder
- 6 bis 7 Wasserkraftwerksanlagen wie auf der Grimsel, oder
- 70 Wasserkraftwerke wie in der Beznau, oder
- 7000 Windräder à 2 Megawatt, oder
- 11'500 grosse Solaranlagen wie auf dem Dach des Stade de Suisse in Bern, oder
- 14 Millionen Solarpanels von je zehn Quadratmetern Fläche, also zwei solche Panels von gut 3 mal 3 Metern Seitenlänge pro Kopf der Bevölkerung.

Konfrontiert mit diesen Zahlen, kommt man als Laie ins Grübeln.

Der Bundesrat hat längst die Konsequenzen gezogen. Seine im Februar 2007 vorgestellte Energiepolitik umfasst – neben der Verstärkung der Energieeffizienz und dem Ausbau der erneuerbaren Energien – auch das ausdrückliche Bekenntnis zum Ersatz der bestehenden oder zum Bau von neuen Kernkraftwerken.

So weit, so gut.

Und wieder folgt die kalte Dusche: Aus der bereits erwähnten Alpiq-Umfrage geht hervor, dass 97 Prozent der Befragten die bundesrätliche Strategie **nicht kennen** – das sind fast alle.

Meine Damen und Herren,

Ich will hier nicht darüber räsonieren, wer für diese Informationsdefizite verantwortlich ist, sondern in die Zukunft schauen – und die ist sehr nahe. In den kommenden Monaten und Jahren werden sich Konsultativabstimmungen und verpflichtende Abstimmungen zu Strom- und Energiefragen in den Kantonen und Städten häufen. Diese Abstimmungskaskade wird schliesslich auf Bundesebene in der Referendumsabstimmung über die Rahmenbewilligungsgesuche für Kernkraftwerke gipfeln.

Über die Rolle der Stromwirtschaft im Spannungsfeld der Kernenergie wird in wenigen Minuten Josef Dürr zu Ihnen sprechen, der Direktor des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen. Ich betrachte die politische Seite, die Rolle des Staates beim Bau von Kernkraftwerken.

Sie ist zentral: Der Staat setzt die entscheidenden Rahmenbedingungen für Investitionen der Schweizer Energiewirtschaft. Bund und Kantone sind verpflichtet, diese Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Energiewirtschaft ihre Aufgabe im Gesamtinteresse des Landes optimal erfüllen kann. Das steht so im Energiegesetz.

Bei absehbaren Stromversorgungsproblemen wird dieses Gesetz noch präziser: In diesem Fall haben Bund und Kantone unter anderem sicherzustellen, dass – ich zitiere – «die notwendigen Abläufe und Verfahren rasch durchgeführt werden» – Zitat Ende.

Mit der anstehenden Vernehmlassung zu den Rahmenbewilligungsgesuchen stehen wir mitten in einem solchen Verfahren. Kürzlich hat das Bundesamt für Energie gegenüber einzelnen Kantonen signalisiert, dass es die Antwortfristen gemäss Kernenergiegesetz durchzusetzen gedenkt. Ebenso verteidigt das Amt öffentlich die vereinbarten Regeln des Sachplanverfahrens für geologische Tiefenlager gegen die Winkelzüge des Kantons Schaffhausen. Das Nuklearforum begrüsst diese konsequente Verteidigung der Rechtssicherheit in unserem Land.

Bei den Kantonen hingegen erleben wir föderalistische Vielfalt mit dem Potenzial von unabsehbaren Verzögerungen –

- obschon das Kernenergiegesetz neu den Stimmberechtigten ohnehin das letzte Wort zu Kernkraftwerkprojekten einräumt,
- obschon die Erneuerung unseres Kraftwerkparks ein fundamentales nationales Infrastrukturvorhaben ist.

Ich erwarte, dass in dieser Situation unsere Landesregierung das Heft in die Hand nimmt. Der Bundesrat hat die Kernenergie zu einem zentralen Standbein seiner Strompolitik erklärt. Jetzt steht er in der Pflicht – in der Pflicht, die öffentliche Debatte darüber anzuführen. Das gilt ebenso für alle Politiker, die den Ernst der Lage erkannt haben und die Politik der Landesregierung mittragen.

Wer Kernkraftwerke will, muss das der Bevölkerung deutlich sagen und die Gründe dafür klar benennen. Es ist Zeit, in der öffentlichen Diskussion die Kernenergie von der Seitenlinie zurück ins Spiel zu bringen.

Dazu nochmals ein Beispiel: Die jüngste Umfrage von Swissnuclear zeigt, dass immer noch eine Mehrheit der Bevölkerung nicht weiss, dass die Kernenergie einen wesentlichen Beitrag an die Linderung der Klimaproblematik leistet, dass sie ein zentrales Element zur Sicherung einer umwelt- und ressourcenschonenden Energieversorgung ist.

Eigentlich ist das erstaunlich. Denn:

- der Bundesrat,
- die Stromwirtschaft,
- prominente Vertreter der Wissenschaft,
- prominente Umweltschützer, vorab in angelsächsischen Ländern,
- die EU-Kommission und die grosse Mehrheit des EU-Parlaments,
- der amerikanische Präsident Barack Obama,
- der Weltklimarat der Uno:

Sie alle setzen auf den Verbund von Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und Kernenergie – auf den Königsweg, auf die Strategie des «Sowohl-als-auch».

Nur ist diese Botschaft noch nicht an die Basis durchgedrungen. Die Diskussion um unsere Stromzukunft bewegt sich immer noch irgendwo zwischen Wissen, Glauben und Hoffen – angefeuert von den Kernenergiegegnern, die diese Unsicherheit in der Bevölkerung bei jeder sich bietenden Gelegenheit geschickt ausnutzen.

Das darf nicht so bleiben, und es wird nicht so bleiben. Ich bin mir sicher, dass die Stimmberechtigten mehr wollen als Schlagworte und Schaukämpfe. Sie wollen die Fakten kennen, wenn sie an die Urne gerufen werden, um über unsere Stromzukunft zu entscheiden. Sie wollen verstehen, worüber sie entscheiden, und was die Konsequenzen für sie persönlich sind. Je näher die Abstimmung, desto intensiver werden die Fragen, desto grösser wird das Bedürfnis nach klaren und nachvollziehbaren Argumenten.

Meine Damen und Herren,

Wir sind vorbereitet. Das Nuklearforum bleibt beharrlich bei seiner Aufgabe, sachlich fundierte Orientierungshilfen und Argumente für die Kernenergie Diskussion bereitzustellen.

An dieser Stelle möchte Ihnen danken, dass Sie die Aktivitäten des Nuklearforums mit Ihrem Fachwissen unterstützen. Dieses Fachwissen braucht unsere Gesellschaft dringend, und damit bin ich bei der Rolle von Lehre und Forschung. Professor Joël Mesot, Direktor des Paul Scherrer Instituts, wird uns anschliessend aus erster Hand über die Kernenergieforschung informieren. Ich persönlich bin ihm sehr dankbar dafür, denn über das Zukunftspotenzial der Kernenergie höre und lese ich eher wenig.

Für die Branche ist das ein wichtiges Thema. Nur wenn es gelingt, qualifizierten Nachwuchs für die Nukleartechnik zu gewinnen, hat sie Zukunft. Junge Leute haben in der Regel kaum Berührungspunkte zur Kernenergie – aber wir müssen Ihnen dieses Berufsfeld nahebringen, damit sie es berühren können.

Ich rufe Sie auf, noch mehr als bisher an den Hochschulen und in der Öffentlichkeit aufzutreten – selbstbewusst,

- als eine Schlüsselbranche mit Zukunft,
- als Unternehmen, die Einstiegsmöglichkeiten für Hochschulabgänger schaffen,
- als Arbeitgeber, die ein spannendes Arbeitsumfeld bieten.

Vergessen wir eines nicht: Die Kernenergie steht beim Werben um angehende Ingenieure in scharfem Wettbewerb mit anderen Stromerzeugungssystemen. Und für die wird in den Medien viel Gratisreklame gemacht.

Das führt uns zurück zum eingangs erwähnten Graben zwischen Wahrnehmung und Realität. Das Nuklearforum wird sich weiter dafür einsetzen, diesen Graben mit Fakten und Argumenten zu überwinden. Damit die Kernenergie von der Seitenlinie an ihren verdienten Platz im Mittelfeld zurückfindet.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.